

## Meinungen

## Den Tod verantworten

### Kolumne

## Den Tod verantworten

Der Tod ist allgegenwärtig: Keine Zeitung, keine Nachrichtensendung, die nicht von Übersterblichkeit, Corona-Toten und einsamem Sterben auf Intensivstationen berichtet.

Die vielen Todesopfer gehen uns nahe. Einige meinen: zu nahe. Dass wir so gebannt auf die Opferkurven starren, habe seinen Grund darin, dass wir den Tod verdrängt hätten. Dabei müsse akzeptiert werden, dass er zum Leben gehöre und Corona seine Opfer fordere, so wie im Übrigen jede Grippe und auch das ganz normale Alter.



**Barbara Bleisch**

Die Philosophin schreibt abwechselnd mit Laura de Weck, Michael Hermann und Rudolf Strahm.

### Die Philosophin schreibt abwechselnd mit Laura de Weck, Michael Hermann und Rudolf Strahm.

ten im Rahmen eines «living funeral». Was erledigt ist, ist erledigt.

Auch über die Frage, wie wir sterben wollen, machen wir uns heute Gedanken. Viele haben eine Patientenverfügung und besprechen mit ihren Nächsten, wie sie ihre letzte Ruhe finden möchten: klassisch im Sarg oder eingeäschert in der Urne? Beigesetzt auf dem Friedhof, seebestattet oder lieber im Wald ausgetreut? Selbstbestimmt bis in den Tod war gestern. Heute mögen wir selbstbestimmt über den Tod hinaus.

An Hochschulen werden «Sterbeset- tings», «Transmortalität» und «digita- le Sterbekulturen» erforscht. In den rund um die Welt stattfindenden «death cafés» trifft man zwar nicht auf Gevatter Tod, aber auf andere, die über die Letzten Dinge diskutieren wollen. Ganz Morbide lassen sich schon zu Lebzeiten symbolisch bestat-

Dass der Tod in unserer Gesellschaft verdrängt wird, ist also ein Mythos. Gewandelt hat sich indes unser Ver- hältnis zur Religion. Deshalb läutet das Totenglocklein nicht mehr, und das Seelenfensterchen fehlt im Neubau. Wo kein Glaube an eine Seele ist, braucht es für sie auch keinen Ausgang vom Diesseits ins Jenseits.

## Der Pass würde nur Streit bringen

Als Schengen-Mitglied müsste die Schweiz wohl mitziehen, sollte sich die EU auf einen Impfpass einigen.

### Stephan Israel, Brüssel

Es gibt gute und weniger gute Ideen. Die Idee eines Impfzertifikats als Schlüssel zur Reisefreiheit nach Coro- na dürfte in die zweite Kategorie gehören. Die griechische Regierung forciert den Vorschlag eines Impfnach- weises, natürlich mit Blick auf die grosse Bedeutung des Tourismussek- tors für das Land. Andere sind in der Hoffnung auf eine schnelle Rückkehr zur Vorvirusnormalität aufgesprungen. Die Staats- und Regierungschefs der EU wollen an ihrem virtuellen Gipfel diesen Donnerstag darüber sprechen.

Die Diskussion könnte allerdings in Teufels Küche führen und ist zudem überhaupt verfrüht. Zu viele Fragen sind offen, und das Thema Impfzerti- fikat als Reisebegleiter innerhalb Europas ist unnötig polarisierend. Setzt sich die Idee durch, müsste die Schweiz als Schengen-Mitglied wohl oder übel mitmachen. Noch ist aber unbekannt, wie lange ein Vakzin wirkt und ob bereits geimpfte Personen ansteckend sind oder nicht, wenn sie mit dem Virus in Kontakt kommen. Ein Impfpass würde zu einer Zwei- klassengesellschaft führen, zu Grenz- schliessungen durch die Hintertür. Die Geimpften dürften reisen, während die anderen weiterhin zu Hause bleiben müssten.

Und würde das Impfzertifikat für alle Impfstoffe gelten, für jene mit 70

### Solange so wenige Menschen geimpft sind, ist es sinnlos, über ein Impfzertifikat in Europa zu reden.

Prozent ebenso wie für jene mit 95 Prozent Wirksamkeit? Und weshalb nicht den Impfpass gleich auch zur Bedingung für den Kino- oder Thea- terbesuch machen? Streit ist da pro- grammiert, die Rechtsgrundlage zweifelhaft, und Fragen des Daten- schutzes sind ungeklärt. Die Befür- worter argumentieren, ein Impfzerti- fikat als Bedingung für die Rückkehr zur Normalität könnte ein Anreiz sein für Impfskeptiker. Der Druck könnte aber auch kontraproduktiv sein. Es gibt Leute, die wollen sich um keinen Preis impfen lassen. Das muss man akzeptieren, auch wenn es schwer nachvollziehbar ist.

Das eigene Sterben nehmen wir hin- gegen gern frühzeitig in die Hand. Dass wir dies überhaupt können, verdanken wir den ungeheuren Fort- schritten in der Medizin. Noch vor hundert Jahren gab es nicht einmal Antibiotika. Der Tod raffte die Men- schen dahin, und sie hatten ihm wenig entgegensetzen.

Heute überfällt uns der Tod nur noch selten hinterrücks. Viel häufiger erfolgt das Sterben langsam. Im Lauf dieses Prozesses kann vieles getan oder unterlassen werden. Entscheidend ist nicht mehr allein das Schick- sal, das nach dem Leben greift, son- dern immer öfter sind wir es, die über Leben und Tod verfügen.

Das gilt auch im Bezug auf Todesop- fer, die wir als Nebeneffekt unseres Freiheitsgebrauchs in Kauf nehmen. Der Strassenverkehr fordert laut WHO weltweit rund 1,35 Millionen Opfer pro Jahr. Der Tod wird in Risikoabwä- gungen längst einkalkuliert. Über das richtige Kalkül entscheidet nicht das Schicksal, sondern wir. Entschei- dungsfreiheit eröffnet immer will- kommene Gestaltungsspielräume. Sie nimmt uns aber auch in die Verant- wortung, uns und anderen gegenüber Rechenschaft darüber abzulegen, warum wir diese Räume so und nicht anders genutzt haben.

Dass die Corona-Opferzahlen uns so beelenden, ist nicht dem Umstand geschuldet, dass wir den Tod ver- drängt hätten – sondern dem Um- stand, dass wir wissen, dass zumin- dest ein Teil der Todesopfer hätte vermieden werden können. Je mehr wir wissen und vermögen, desto weniger können wir dem Schicksal in die Schuhe schieben. Unser Umgang mit dem Tod ist damit nicht leichter, sondern schwerer geworden.

#### Tribüne

## Gabriel Palacios: Qualifizierte Hypnose geht anders

Der Hypnose-Star ist ein Marketingtalent. Sachlich ist sein Anspruch irreführend und anmassend.

### René Hess

Zugegeben: Zugegeben: Auch ich bin beeindruckt von Gabriel Palacios. Aber weniger wegen seiner Fähigkeiten als Hypnosetherapeut und Hypnoseaus- bildner denn wegen seiner geschick- ten und finanziell ergiebigen Marke- tingstrategien. Als Psychotherapeut vermisse ich im Porträt des selbst ernannten Hypnose-Popstars («Bund» vom 16. Januar) eine fundierte Ausein- andersetzung mit Hypnose und Hyp- notherapie.

Die Behauptung, dass sich Palacios längst vom Showbusiness verabschie- det habe, darf angezweifelt werden. Die Art der Selbstinszenierung als Hypnoseexperte in Fernsehauftritten, Radio und Presse ist Teil der Show. Er sucht die Bühne, die Aufmerksamkeit des Publikums – und es ist beme- kenswert, wie es ihm gelingt, die Medien dafür einzubinden, die Ge- schichte vom charismatischen Hypno- segenie zu verbreiten.

So wird etwa Palacios’ Aussage kol- portiert, er habe bereits als Minderjäh- riger gelernt, andere Menschen zu hypnotisieren und Gedanken zu lesen. Es ist unmöglich, die Gedanken an- derer Menschen zu lesen. Wir können Vermutungen über die Innenwelt anderer anstellen – aber die Innenwelt eines anderen Menschen zu betreten, ist nicht möglich. Die Behauptung, Gedanken lesen zu können, entbehrt jeglicher Grundlage; sie kann aber Menschen verunsichern oder beein- drucken und ist somit Teil der Show.

Das autoritäre Auftreten von Hypnoti- seuren ist völlig veraltet und wird heu- te vorwiegend von Showhypnotiseu- ren, nicht aber von qualifizierten Hypnotherapeuten angewendet. Die Vorstellung eines mächtigen Hypnoti- seurs, der sich mit seinen eindrückli- chen Fähigkeiten am Klienten zu schaffen macht und jegliche Probleme des Klienten auf magische Weise zum Verschwinden bringt, ist Irrglaube. Hypnose ist eine Form der Kommunik- ation zwischen Hypnotherapeut und Klient, bei der bereits im Klienten vorhandene Fähigkeiten auf ziieldien- liche Art reaktiviert werden.

Umprogrammieren lassen sich Com- puter und andere softwaregesteuerte Maschinen – nicht aber das menschl- iche Gehirn. Der Hypnotherapeut ist nicht in der Lage, direkt und zielge-

#### Leserbriefe

### Pandemie Die Entscheide des Bundesrates, diverse Artikel im «Bund».

**Sehr ungerecht**
Es ist mir völlig unverständlich, dass sich in Kirchen weiterhin 50 Personen treffen dürfen, für den kulturellen und privaten Rahmen aber dermassen drastische Einschrän- kungen bestimmt wurden. Die Kirch- gänger sind meist alt oder sehr alt, und wenn die Alten schon zur verlet- zlichsten Gruppe zählen, müssten wohl die Kirchen zuerst geschlossen wer- den. Zudem: Was ist der Unterschied, ob ich mich in der Kirche, sonst an einer kulturellen Veranstaltung (mit Schutzkonzept) oder im erweiterten Familienkreis treffe? Es ist himmelschreiend und sehr ungerecht.
**Margrit Brüngger**, Muri

Dienstag, 19. Januar 2021 – **Der Bund**

### Der Hypnose-Star ist ein Marketingtalent. Sachlich ist sein Anspruch irreführend und anmassend.

### René Hess

richtet Gedanken, Gefühle, Erinnerun- gen und andere innere Prozesse zu verändern. Er macht dem Klienten Angebote, seine Aufmerksamkeit auf systematische und ziieldienliche Weise zu fokussieren; so lassen sich bereits vorhandene Kompetenzen reaktivie- ren. Der wahre Held ist immer der Klient – die Rolle des Hypnosetherapeu- ten wird oft überschätzt. Die Behauptung, Palacios versetze «das Gehirn seiner Klienten durch Trance- techniken in einen Zustand, in dem das Unterbewusstsein direkt zugäng- lich wird», ist schlicht unhaltbar und anmassend.

Im Internetauftritt preist Palacios seine «heilsamen Techniken» all denen an, die mit ihrem Unterbe- wusstsein arbeiten wollen. Bloss, es gibt keine Technik, die an sich heilsam ist. Entscheidend ist, welche Bedeu- tung Klienten der praktizierten Tech- nik geben. Klienten, die eine positive Erwartungshaltung gegenüber Hypno- se haben, dürften somit eher profiti- eren als Klienten, die eine negative Erwartungshaltung haben. Ein Klient, der glaubt, von einer Hypnose-Kory- phäe behandelt zu werden, und auch bereit ist, dafür 250 Franken pro Stunde auszugeben (Honorar von Palacios), dürfte eine positive Erwar- tungshaltung mitbringen.

Hypnotherapie – also die Anwendung von hypnotherapeutischen Mitteln – gehört in die Hände von qualifizierten Psychologinnen und Ärzten. Ein Metzger versteht meines Erachtens auch eine Menge von Anatomie – darf indessen keine Operationen an seinen Mitmenschen vollziehen. Ein Hypno- seexperte hingegen scheint der zu sein, der von sich sagt, er sei ein Hypnoseexperte.

Ein qualifizierter Psychologe, der klinische Hypnose anwendet, hat einen universitären Masterabschluss (mindestens 4 Jahre), eine berufsbil- dende Psychotherapieausbildung (nochmals mindestens 4 Jahre) und anschliessend eine hypnotherapeuti- sche Weiterbildung (welche nochmals 2 Jahre dauert) absolviert. Es ist schon erstaunlich, dass einige Hyp- nose-Popstars meinen, diesen auf- wendigen Weg nicht auf sich nehmen zu müssen.

Dr. René Hess ist eidgenössisch anerkannter Psychotherapeut FSP und arbeitet am Systemischen Institut Bern.

### Bedenklicher Wettlauf

Nun hagelt es wieder Kritik, weil der Bundesrat weniger als andere Länder tue, damit sofort alle Willigen geimpft werden können. Es ist richtig, dass hier gefährdete Menschen rasch geimpft werden sollen, wenn sie das wollen. Und das ist auch sichergestellt. Be- denklich ist aber der Wettlauf um Platz 1 bei der Durchimpfung der Bevölke- rung. Zuerst sollten auch Länder mit schlechter medizinischer Versorgung Impfdosen bekommen. Aus Solidarität können wir in der Schweiz etwas länger mit Einschränkungen leben. Die Schweiz sollte stolz auf einen der vorderen Plätze in der Rangliste der grössten Egoisten verzichten.
**Christoph Berchtold**, Wabern

**Der Bund** – Dienstag, 19. Januar 2021

# Wirtschaft

### Börse

SMI  
10889 Punkte  
**+0.1%**

**↑ Die Besten**

Richemont N	+4.1%
Swatch Group I	+2.8%
Alcon N	+1.9%

**↓ Die Schlechtesten**

Lonza N	-0.8%
Swiss Life N	-0.6%
Roche GS	-0.5%

Dow Jones Ind.  
30'814 Punkte

Nasdaq Comp.  
12'998 Punkte

**-0.5%** **-0.8%**

Euro in Franken	1.076	-0.09%
Dollar in Franken	0.891	0.07%
Euro in Dollar	1.208	-0.16%
GG-Pfund in Franken	1.209	-0.08%
Öl (Nordsee Brent) in Dollar	54.88	0.1%
Gold (Unze) in Dollar	1834.90	0.2%
Silber (Unze) in Dollar	24.92	-2.2%

### Die Besten

### Die Schlechtesten

### Lage am Schweizer Arbeitsmarkt bleibt angespannt

**Beschäftigung** Die Zahl der Stelleninse- rate ist im Jahresvergleich weiterhin tief: Im Vergleich zum Vorjahr ist das Minus nach wie vor zweistellig, gegenüber der Jahresmitte 2020 hat sich die Si- tuation allerdings klar verbessert. Insgesamt nahmen die Stellenin- serate im vierten Quartal 2020 in der Schweiz im Vergleich zum entsprechenden Vorjahres- zeitraum um 15 Prozent ab, wie der am Montag veröffentlichte Swiss Job Market Index zeigt. Die Minusrate ist zwar gleich hoch wie im dritten Quartal, aber deut- lich geringer als im zweiten (-27%). Im Vergleich zu Mitte 2020 sieht die Situation denn auch viel besser aus mit einem Anstieg der Stelleninse- rate von 8 Prozent.

In vielen Bereichen und gerade in der Binnenwirtschaft sei die Erholung zu sehen, heisst es, so beispielsweise über den Sommer hinweg im Gastgewerbe und Baugewerbe und zeitweise im verarbeitenden Gewerbe. Aber auch das Gesundheitswesen habe sich erholen können, als die nichtüberlebensnotwendigen Be- handlungen wieder aufgenommen werden konnten.

### Region Zürich am stärksten betroffen

Die Grosseregionen sind unter- schiedlich stark vom Rückgang betroffen: Die Zentralschweiz ver- zeichnet die geringste, der GROSS- raum Zürich die stärkste Ab- nahme publizierter Stelleninse- rate. In der Zentralschweiz beträgt sie minus 7 Prozent im Vergleich von der Nordwestschweiz mit einem Mi- nus von 9 Prozent. Die Ostschweiz (-11%), die Genferseeregion (- 13%) und der Espace Mittelland (-14%) lagen im Mittelfeld. Am stärksten zusammengebrochen ist das Stel- lenangebot im GROSSraum Zürich mit einem Minus von 23 Prozent.

Der GROSSraum Zürich sei als Ballungszentrum von der mas- siven Reduktion der Mobilität und dem Rückzug vieler Arbeit- nehmenden ins Homeoffice be- sonders betroffen, heisst es dazu. Wie die Entwicklung der Stellen- ausschreibungen in Zukunft wei- tergeht, muss sich noch zeigen. Die Erholung sei durch die Ein- schränkungen und Unsicher- heiten im Zusammenhang mit der zweiten Infektionswelle jeden- falls gebremst worden, heisst es dazu in der Mitteilung. *(sda)*



Warenhaus Loeb in Bern: Betriebe im Detailhandel und Gastgewerbe, die Hilfe brauchen, dürfen rascher wieder Gewinne an die Aktionäre weitergeben. Foto: Alessandro della Valle (Keystone)

# Schon in drei Jahren dürfen wieder Dividenden ausgeschüttet werden

**Privileg für Härtefallfirmen** Der Bundesrat hat entschieden, dass Firmen, die mit Staatsgeld gerettet werden, schneller wieder Dividenden auszahlen dürfen. Auch wenn sie die Härtefallgelder nicht zurückzahlen.

der Bundesrat hat entschieden, dass Firmen, die mit Staatsgeld gerettet werden, schneller wieder Dividenden auszahlen dürfen. Auch wenn sie die Härtefallgelder nicht zurückzahlen.

#### Christoph Lenz

Tut der Bund genug, um den vie- len Firmen zu helfen, die wegen der Covid-Krise ums Überleben kämpfen? Das war die grosse Fra- ge, als Finanzminister Ueli Mau- rer am Mittwoch an die Öffent- lichkeit trat. Maurer verkündete wichtige Reformen beim Härte- fallprogramm des Bundes. Fir- men in Geldnot sollen ab sofort rascher, unbürokratischer und stärker mit Ä-fonds-perdu-Gel- dern unterstützt werden. So hat es Bundesrat entschieden.

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit hat die Lan- desregierung gleichentags einen weiteren Aspekt der Härtefallhil- fe angepasst, oder besser: ge- lockert. Firmen, die Härtefallhil- fe beziehen, mussten sich bislang verpflichten, fünf Jahre lang oder mindestens bis zur (freiwilligen) Rückzahlung der Staatsgelder auf eine Ausschüttung von Divi- denden zu verzichten. Der Bun- desrat hat diese Frist am Mit- twoch auf drei Jahre verkürzt.

#### Irritation im Bundeshaus

Das ist eine gute Nachricht für Firmenbesitzer und Aktionäre. Allerdings hat sie das Potenzial, die öffentliche Akzeptanz für die staatliche Hilfe zu unterspülen. Kaum ein wirtschaftspolitisches Thema wurde im letzten Früh- ling so intensiv und emotional diskutiert wie die Frage, ob und wann Unternehmen, die von staatlicher Krisenhilfe profitier- en, ihre Kapitalbasis durch Aus- schüttungen schwächen dürfen.

#### Jürg Grossen

Im Bundeshaus sorgt die Kür- zung der Dividendenverbotsfrist denn auch für Irritation. «Offen gesagt: Ich verstehe noch nicht, warum der Bundesrat so ent- schieden hat. Aufgrund der bis- her geführten Diskussionen ist mir nicht klar, warum und wie dieser Entscheid so zustande gekommen ist», sagt etwa Dani- elia Schneeberger, FDP-Wirt- schaftspolitikerin und Vizeprä- sidentin des Schweizerischen Gewerbeverbands.

Der Bundesrat selbst begrün- det seinen Entscheid mit den Bedürfnissen der Kantone. Die Kürzung des Dividendenverbots erleichtere ihnen den Vollzug der Härtefallhilfe. Weiter hätten viele Kantone ein Dividendenverbot von fünf Jahren als unverhält- nismässig lang empfunden. Zudem könnten mit dem Verbot Fehl- anträge entstehen.

Zwar wird in den bundesrä- tlichen Erläuterungen nicht aus- geführt, um welche problemati- schen Anreize genau es sich han- delt. Denkbar ist aber etwa, dass

### Hilfskredite lassen auf sich warten

Je länger die Einschränkungen dauern, umso grösser ist die Not der Firmen. Neben den Härtefall- hilfen durch die Kantone kann der Bund das Programm für staatlich verbürgte Hilfskredite wieder aufliegen. «Diese Möglichkeit wird derzeit geprüft», heisst es überein- stimmend vom Staatssekretariat für Wirtschaft Seco und dem Finanzdepartement. Eine schnelle

### «Für mich steht dieser Entscheid total schräg in der Landschaft.»

**Jürg Grossen**  
GLP-Parteipräsident

### «Begründung ist absurd»

«Diese Begründung ist absurd», sagt hingegen GLP-Parteipräsi- dent und Wirtschaftspolitiker Jürg Grossen. Er kritisiert die Lockerung des Dividenden- verbots scharf. «Für mich steht

Geldgeber ihr Kapital aus einer Firma abziehen oder kein Kapita- l nachschiesse, weil sie sehen, dass sie wegen des Dividenden- verbots auf Jahre hinaus keine Einkünfte auf ihrem Investment erzielen können. Das Dividen- denverbot würde Firmen damit eher schwächen als stärken.

Wiederauflage sei aber nicht in Sicht, heisst es in Bern. Am Mittwoch wird der Bundesrat dazu nichts beschliessen. Zwar gebe es erste Gespräche mit Banken über eine «Eventualplanung», aber konkret sei noch nichts festgelegt. So heisst es bei der Credit Suisse: «Wir stehen mit dem Bund und den anderen Banken in Kon- takt. Falls die Wiederaufnahme des

dieser Entscheid total schräg in der Landschaft.»

Was Grossen ganz besonders stört: Der Bundesrat schaffe so eine extreme Ungleichbehand- lung zwischen Firmen, die im letzten Frühling Covid-Kredite bezogen hätten, und Firmen, die jetzt mit Ä-fonds-perdu-Bei- trägen gerettet werden müssten. «Wer im Frühling vorausschau- end handelte, wird jetzt vom Bundesrat schwer benachteiligt», so Grossen.

Tatsächlich dürfen Unterneh- men, die Covid-Kredite bezogen haben, erst Dividenden aus- schütten, wenn sie den Kredit zurückbezahlt haben. Für die grosse Mehrheit der Firmen dürfte dies länger als drei Jahre dauern. Die Rückzahlungsfrist für die Kredite beträgt acht Jah- re. Firmen, die jetzt Härtefall- gelder in Anspruch nehmen, fah- ren also wesentlich besser.

Auch der ehemalige BDP-Prä- sident Martin Landolt stört sich an dieser Ungleichbehandlung. Ä-fonds-perdu-Beiträge seien

Programms auf den Tisch kommen sollte, werden wir uns wiederum aktiv an der Ausarbeitung einer Lösung beteiligen.» In Bern gibt es indes Zweifel daran, ob eine Neuaufgabe nötig sei. Es gebe keine Kreditklemme. Betriebe könnten sich auch ohne staatliche Bürgschaften Liquidität leihen, um damit die Zeit bis zur Auszahlung der Hilfen zu überbrücken. *(ati)*

eine viel grosszügigere Hilfe als rückzahlbare Kredite. Dass die Bezüge von Härtefallhilfen dann auch noch bei der Dividenden- zahlung im Vorteil seien, sei un- gerecht. «Wir werden das wohl nochmals anschauen müssen», so Landolt. Eine Harmonisierung dränge sich auf.

#### Neuer Streit droht

Allerdings ist das gar nicht so einfach. Will das Parlament das Dividendenverbot auch für Firmen mit Covid-Krediten lo- ckern, erfordert dies eine An- passung des Covid-19-Solidar- schaftsgesetzes. Also einen Parlamentsbeschluss. Zudem ist davon auszugehen, dass die Dividenden-Kontroverse aber- mals aufklimmt.

Bei der Linken sieht man die Lockerung des Dividendenver- bots interessanterweise etwas entspannter. Jacqueline Badran zeigt Verständnis für den Bun- desratsentscheid. Die Härtefall- hilfen betreffen nicht nur Klein- unternehmen, sondern etwa auch mittelgrosse Hotelketten.

«Hier kann die Aussicht auf Dividenden helfen, private In- vestoren für die Rettung der Firmen zu mobilisieren.» Für Franziska Ryser, Grüne, ist die Kürzung des Dividenden- verbots ein Nebenaspekt. Bei den Härtefallbeiträgen habe man ohnehin nie damit gerechnet, dass viel Geld zurückflicse. Vordringlicher sei es, sicherzu- stellen, dass die Unternehmen die Hilfe wirklich erhalten. «Da gibt es noch viel zu tun.»